

Wahlprüfstein Europawahl 2024

Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.
Frau Ledermann, Christina
Severinusstr. 52, 53909 Zülpich

Berlin, 19. April 2024

1) Tierschutzrecht durchsetzen

Das EU-Tierschutzrecht muss von den Mitgliedstaaten zwar eingehalten werden, doch bisher dürfen nur Tiernutzer gegen Behördenauflagen klagen. Unterstützen Sie es, Tierschutzorganisationen zu ermöglichen, Verletzungen des Tierschutzrechts gerichtlich überprüfen zu lassen?

Ja. Wir fordern ein wirksames Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzverbände in den EU-Mitgliedstaaten.

2) Agrarsubventionen umschichten

Unterstützen Sie, mit den Mitteln der Agrarsubventionen der GAP, die gezielte Förderung von Gemeinwohl-Leistungen im Sinne von Tier-, Klima-, Umwelt- und Naturschutz (z.B. Maßnahmen für Biodiversität oder Förderung des Ausstiegs aus der Tierhaltung)?

Ja.

Große Teile der Landwirtschaft sind für den Verlust der Artenvielfalt mitverantwortlich. Die EU muss ihre Orientierung auf Wettbewerb und Export aufgeben. Stattdessen sollen regionale Erzeugung, Verarbeitung und Wertschöpfung, die umweltfreundlich, gesünder und sozial sind, gefördert werden. Voraussetzung für lebendige ländliche Räume ist die Ausgestaltung lokaler Ernährungsstrategien und regionaler Kreislaufwirtschaft in Kooperation aller Akteur*innen. Agrarförderung, insbesondere die sogenannten Flächenprämien, muss nach sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden und für einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung.

3) Gesetz für nachhaltige Ernährungssysteme

Die EU-Kommission hat die Verabschiedung des Gesetzesvorschlags für nachhaltige Ernährungssysteme (Sustainable Food Systems Law, FSFS) als zentralen Baustein des Green Deals angekündigt. Werden Sie sich für eine Verabschiedung des FSFS einsetzen?

Ja, Wir setzen uns für eine EU-weite transparente und verlässliche Herkunfts-, Nachhaltigkeits- und Regionalkennzeichnung ein (FSFS).

4) Tierbestände abbauen

Massentierhaltung und Fleischkonsum heizen Klimawandel, Artensterben und Hunger in der Welt an und bedingen gravierende Gesundheitsprobleme. Planen Sie Förderprogramme zum Abbau von Tierbeständen, beispielsweise für den Umstieg auf den Anbau von Proteinpflanzen?

Ja. Wir wollen freiwillige Ausstiegsprogrammen aus der Tierhaltung. Die Prämien in der Landwirtschaft für das Anpflanzen von Hülsenfrüchten wollen wir ausweiten. Wir wollen ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für Landwirt*innen, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen über die sozialökologische Agrarwende schafft.

5) Pflanzliche Eiweiße als Lebensmittel

Mehr pflanzliche Eiweiße zu konsumieren, würde ein nachhaltiges Ernährungssystem ermöglichen. Unterstützen Sie den Aktionsplan für eine Steigerung der Erzeugung und des Verzehrs pflanzlicher Eiweiße, wie ihn das EP für die EU-Eiweißstrategie gefordert hatte?

Ja. Wir setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehrs und für die Aufwertung von Böden. Das ist Teil einer Eiweiß-/Proteinstrategie und eines nachhaltigen Ackerbaukonzepts.

6) Tierversuche reduzieren

Im Jahr 2019 starben in den EU-Mitgliedsstaaten fast 12 Millionen Tiere in Tierversuchen. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die Anerkennung von tierversuchsfreien Methoden zu beschleunigen und noch fehlende Verfahren zu entwickeln?

Zu den Maßnahmen der Beschleunigung gehört ein konkreter Ausstiegsplan mit verbindlichen Zielen. Dann entsteht mehr Druck für die Pharmaindustrie, in Alternativmethoden zu investieren. Alternative Forschungsmethoden sollen rechtlich bevorzugt werden. Tierversuchskommissionen müssen dringend unabhängig besetzt werden, auch wenn das sich in der Praxis als schwierig zeigt.

7) Tierversuchsfreie Wissenschaft

Um einen Übergang zu tierversuchsfreier Wissenschaft zu erreichen, müssen eine Roadmap erarbeitet und ein EU-weites Kompetenznetzwerk gegründet werden. Die EU-Kommission hat u.a. die EPAA dazu beauftragt. Unterstützen Sie diese Pläne?

Ja. Es braucht endlich klare Ausstiegspläne. Allerdings sehen wir die "public-private" Kooperationen kritisch, wenn am Ende Geschäftsinteressen federführend sind und der Tierschutz nur bedingt die wichtigste Rolle spielt.

8) Verbot schwerbelastender Tierversuche

Tierversuche der Kategorie schwer dürfen nach Art.55 Abs.3 der EU-TierversuchsRiLi nur in Ausnahmefällen genehmigt werden. In der Realität werden sie jedoch in größerem Maßstab durchgeführt. Verfolgt Ihre Partei ein Verbot dieser schwerbelastenden Tierversuche?

Ja. Wir fordern schon lange ein sofortiges Verbot schwerbelastender Tierversuche.

Wahlprüfstein Europawahl 2024

Eurogroup for Animals
Frau Valerie Sturm
Rue Ducale 29, 1000 Bruxelles, Belgium

Berlin, 22. Mai 2024

1) Die EU-Tierschutzgesetzgebung ist stark veraltet und die Mitgliedstaaten haben sehr unterschiedliche Rechtslagen. Werden Sie sich für eine Überarbeitung der EU-Tierschutzgesetzgebung mit höheren Standards für Haltung und Schlachtung sowie für eine Kennzeichnung tierischer Produkte einsetzen?

Ja. Wir unterstützen eine umfassende Reformierung der EU-Tierschutzgesetzgebung ein und wir unterstützen auch höhere Standards für Haltung und Schlachtung sowie für eine Kennzeichnung tierischer Produkte. Die Linke steht für einen grundlegenden Wandel des Zusammenlebens von Menschen und Tieren. Wir wollen Tiere nicht als Dinge verstanden wissen und nicht als Mittel zum Profit. In der Tierindustrie brauchen wir höhere Standards ohne Schlupflöcher, mehr Transparenz sowie unabhängige Kontrollen durch entsprechendes Personal und Videodokumentation in Schlachthöfen. Die Linke fordert daher neben dem Kampf gegen nicht kostendeckende Erzeugerpreise und Marktübermacht der Konzerne auch Schwerpunkt-Staatsanwalt- und Richterschaften, sowie eine bessere Ausstattung der Veterinärbehörden. Wer Kenntnisse von Tierschutzverstößen erlangt, soll diese unverzüglich anzeigen, den Anzeigen muss konsequent nachgegangen und Verstöße geahndet werden.

2) Aktuell arbeitet das Europäische Parlament an einer Überarbeitung der Tiertransportverordnung. Werden Sie ein Verbot von Lebendtierexporten in außereuropäische Drittstaaten einbringen und sich für strengere Regeln für Schiffstransporte und eine Verkürzung der Transportzeiten einsetzen?

Ja. Die Linke fordert schon lange eine Begrenzung der Transportzeit bei Lebendtieren auf maximal 4 Stunden plus Be- und Entladungszeit und ein Verbot des Transports in Drittstaaten. Lebendtiertransporte sind immer mit enormem Stress verbunden und müssen minimiert werden. Um diesen Stress zu minimieren, setzt sich Die Linke für eine haltungnahe Schlachtung ein, inklusive mobiler Schlachtmöglichkeiten und Weideschuss. Solche regionalen Strukturen müssen gefördert werden. Lebendtiertransporte in Drittstaaten wollen wir verbieten (mit Ausnahmen für regionale Lebendtiertransporte in Grenzregionen).

3) 1,4 Mio. Menschen haben in der Europäischen Bürgerinitiative „End the Cage Age“ eine Beendigung der Käfighaltung gefordert. In Europa ist das, insbesondere für Legehennen und Sauen, noch immer gängige Praxis. Werden Sie sich für eine Abschaffung der Käfighaltung in Europa einsetzen?

Ja. Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die landwirtschaftliche Tierhaltung und setzen uns für ein Käfighaltungsverbot ein. Dafür haben wir mit der europäischen Bürger*inneninitiative gegen Käfige erfolgreich gestritten, jetzt muss es Gesetz werden.

4) Noch immer sind grausame Betäubungsmethoden wie CO2-Betäubung bei Schweinen und elektrische Wasserbadbetäubung bei Geflügel gängige Praxis. Werden Sie sich für humanere Methoden bei der Schlachtung einsetzen?

Ja. Die Linke setzt sich für haltungnahe Schlachtung, inklusive mobiler Schlachtmöglichkeiten und Weideschuss ein. Dies muss nicht nur rechtlich vorgeschrieben, sondern auch kontrolliert werden. Ein Leitbild für die zukünftige Tierhaltung muss sowohl den Tierhaltenden als auch den Verbraucher*innen dienen – nicht nur den Konzernen. Wir fordern freiwillige Ausstiegsprogramme für Landwirt*innen aus der Tierhaltung.

5) Aktuell fällt Tierschutz in die Zuständigkeit der Kommissarin für Gesundheit. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es eine:n explizite:n EU-Kommissar:in für Tierschutz gibt?

Ja. Aktuell fällt Tierschutz in die Zuständigkeit der Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Es ist für die Herausforderungen des Tierschutzes nicht angemessen, dass dieser nur unter Aspekten der

"Lebensmittelsicherheit" verhandelt wird. Die Linke steht für einen grundlegenden Wandel des Zusammenlebens von Menschen und Tieren. Wir wollen Tiere nicht als Dinge verstanden wissen und nicht als Mittel zum Profit. Mehrere erfolgreiche europäische Bürger*inneninitiativen zeigen: Die europäische Bevölkerung will endlich echten Tierschutz. Tiere sind fühlende Wesen, und so müssen wir sie auch behandeln.

6) Aktuell werden Fische und Wassertiere in Aquakultur nicht durch EU-Gesetze geschützt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Vorschriften zur Haltung und Schlachtung von Tieren auch für Fische und Wassertiere aus Aquakultur gelten?

Ja. Fische und Wassertiere in Aquakultur sind Tiere wie andere Tiere auch. Auch die Tierhaltung im Wasser muss sozial, ökologisch und hinsichtlich des Tierschutzes reguliert werden. Hierfür braucht es strenge Richtlinien und Kontrollen, damit fragile Ökosysteme nicht weiter zerstört werden. Nur nachhaltige Aquakulturen sollen gefördert werden.

7) Noch immer werden viel zu viele Wildtiere als Heimtiere in die EU eingeführt, die nicht unter artgerechten Bedingungen gehalten werden können. Werden Sie sich für die Einführung einer EU-weiten Positivliste für Heimtiere einsetzen, die bestimmt, welche Tiere gehalten und gehandelt werden dürfen?

Ja. Die Linke fordert die Einführung einer Positivliste für Tiere, die im Privathaushalt gehalten werden können. Die soll exotische Tiere vor der Entnahme aus der Natur schützen. Diese Positivliste soll Kriterien des Tier-, Natur- und Artenschutzes sowie des möglichen Gefahrenpotenzials gegenüber Menschen berücksichtigen. Wir streiten für ein Importverbot von Tieren. Ausnahmen gelten nur für Tiere, die nachweislich in Zoos und Aquarien besser geschützt sind als in der Wildnis. Der Handel mit Tieren (insbesondere im Internet) muss streng reguliert werden. Wilderei und illegaler Wildtierhandel müssen bekämpft werden. Wir wollen ein Verbot der Herstellung und ein Importverbot von Pelzen.

8) Um illegalem Welpenhandel vorzubeugen und um verlorene Haustiere wieder zu ihren Menschen zurückzubringen, ist eine EU-weite Verpflichtung zur Kennzeichnung und Registrierung von Katzen und Hunden notwendig. Werden Sie sich dafür einsetzen?

Ja. Die Linke unterstützt eine Registrierungs- und Kennzeichnungspflicht für Hunde und Katzen, um illegalen Handel sowie Tierwohlgefährdung einzudämmen. Dazu gehört aber auch die Registrierung in einer Datenbank.